

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Er erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Peitzelle 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Wieder vorzeitiges Ende der Bautätigkeit?

Die Frage dürfte manchen unserer Leser überraschen. Noch ist das Baugewerbe leidlich, zum Teil gut beschäftigt. Aber wird es auch in einigen Monaten noch gut beschäftigt sein? Das ist die Frage, die sich dem aufmerksamen Beobachter des Baumarktes schon seit einer Weile aufdrängt und die leider nicht in einem optimistischen Sinne beantwortet werden kann. Wie all die Jahre her, sind es wieder Finanzierungsschwierigkeiten, die dem Wohnungsbau ein vorzeitiges Ende zu bereiten drohen.

Vor mehreren Monaten tauchten die verschiedensten Vorschläge für eine bessere Finanzierung des Wohnungsbaues auf. Sie liefen alle darauf hinaus, den freien Kapitalmarkt stärker heranzuziehen und eine Streckung der Hauszinssteuermittel vorzunehmen. Besonders die Kreise der freien Wirtschaft und der Hypothekendarlehenbanken waren es, die eine Umstellung der Finanzierung betrieben haben. Es sei erinnert an den Vorschlag des Reichsbürgerrats, den Vorschlag des Verbandes öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten, des Reichsverbandes der deutschen Industrie, des Präsidenten der Preussischen Zentral-Bodenkredit-A.-G. und andere. Auch der frühere Stadtkämmerer von Berlin, Dr. Karding, machte im Auftrag der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehenbanken den Vorschlag, die Beschaffung des Baukapitals der privaten Wirtschaft zu überlassen. Im „Bankarchiv“ vom 1. Januar d. J. behauptete der Direktor der Westdeutschen Bodenkreditanstalt, Köln, Dr. Weidemann: Die Verwendung von Hauszinssteuermitteln zum Wohnungsbau sei eine ungesunde und ungerechte. Er verlangte, daß die Geldbeschaffung vollständig in die Hände der Realkredit-Institute gelegt würde. Also: Ermäßigung der Hauszinssteuer, wenn nicht gar völlige Beseitigung, Heranziehung des privaten Kapitalmarkts für den Wohnungsbau. Wir haben seinerzeit zu diesen Vorschlägen eingehend Stellung genommen (s. „Baugewerkschaft“ vom 4. April d. J.).

Damals haben wir schon erklärt, daß wir uns der optimistischen Auffassung der Kreditanstalten nicht anschließen könnten. Wir haben gefragt: „Wo ist denn das Privatkapital, das 40 Prozent des Bau- und Bodenwertes zur Verfügung stellt?“ Wir haben auch auf die Folgen hingewiesen und erklärt, daß nach all den gemachten Vorschlägen man eher das Gegenteil von dem erreiche, was der Wohlfahrtsminister wolle. Wir haben nachgewiesen, daß der Bau von Einfamilienhäusern bei dieser neuen Finanzierungsart für Minderbemittelte unmöglich ist; haben ferner nachgewiesen, daß der Bau von Kleinwohnungen auch in geschlossenen Siedlungen nicht mehr möglich ist, weil es nicht möglich ist, die 20 bis 25 Prozent Eigenkapital seitens der Bauherren und der Genossenschaften aufzubringen. Wir wiesen darauf hin, daß wir uns bei diesen Vorschlägen im Kreise herumdrehen, und daß wir weder die Arbeitslosigkeit beheben, noch die Wohnungsnot lindern, noch die deutsche Wirtschaft in Gang bringen und sagten: Nach unserer Auffassung ist es deshalb gar nicht anders möglich, als die Hauszinssteuer in verstärktem Maße für den Wohnungsbau heranzuziehen.

Jetzt, nach wenigen Monaten, stellt sich heraus, daß alle unsere Finanzfachverständigen und Männer der Wirtschaft falsch gesehen haben, daß ihre Vorschläge leider nicht zu dem Ziel geführt haben, zu dem sie nach ihrer Auffassung führen sollten. Es ist leider etwas spät, um das Steuer wieder herumzuerheben. Der Reichsverband der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften hat schon auf seiner Tagung am 13. Mai eine Entschließung angenommen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Streckung der öffentlichen Baugelder durch verbilligte Mittel aus dem freien Markt als aussichtslos aufgegeben werden muß, und daß damit die in Aussicht genommenen Wohnungsbauprogramme undurchführbar geworden und das Erliegen zahlreich be-

gonnener Bauvorhaben in bedrohliche Nähe gerückt ist. Man schlug die Warnung in den Wind. Jetzt, drei Monate später, scheint man auch in den Kreisen der Sachverständigen aufzuwachen.

Auf der Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik in Eisenach am 18. Juni hielt Hypothekendarlehenbankdirektor Dr. Karding eine Rede über die Finanzierung des Wohnungsbaues. Nach der „Bauwelt“ vom 30. Juni erklärte er, daß der inländische Markt für festverzinsliche Papiere völlig zusammengebrochen sei, und es müßte damit gerechnet werden, daß für die Finanzierung des Wohnungsbauprogramms 1927 die Hypothekendarlehen nur sehr geringe Leistungen werden ausbringen können. Es müsse mit einer ernstlichen Gefährdung des Bauprogramms 1927 gerechnet werden. In eine Streckung der Hauszinssteuermittel sei für dieses Jahr nicht zu denken. In Stelle der Streckung der öffentlichen Mittel trete vielmehr die Notwendigkeit der Steigerung. Es sei nicht daran zu denken, daß die Finanzierung des Wohnungsbaues, wie vor dem Kriege, in absehbarer Zeit voll aus dem privaten Kapitalmarkt werde erfolgen können.

Man vergleiche die Rede Kardings von heute mit seinen Vorschlägen vor mehreren Monaten!

Das „Berliner Tageblatt“ wies vor Monaten schon darauf hin, daß der Rückschlag am Hypothekemarkt die Institute für die künftige Beleihungstätigkeit zu einer rationalen Verwendung ihrer Mittel veranlasse, d. h. die Höhe der Einzel-Ausleihungen werde sorgfältiger als bisher erwogen und eine Verteilung der verfügbaren Darlehensbeträge auf eine größere Anzahl von Objekten müsse erfolgen.

Professor Dr. Lubowitsch bringt in der „Bauwelt“ vom 16. Juni eine Abhandlung, in der er auf die zahlreichen Schwierigkeiten bei der Finanzierung im Wohnungsbau hinweist. Er schildert die Folgeerscheinungen und sagt: Es erscheine bei der heutigen Verfassung des Kapitalmarktes gänzlich ausgeschlossen, die erforderlichen Beträge an erstinstelligem Hypothekenskapital in der erweiterten Form nur annähernd aufzubringen. Als letztes bliebe die Rückkehr zum alten System der Hauszinssteuerverteilung, damit werde eine Streckung der öffentlichen und Ersatz der fehlenden privaten Mittel stattfinden.

In der Handelsbeilage der „Germania“ vom 20. Juni wird ebenfalls darauf hingewiesen, daß es das schöne Ziel, das sich der private Kapitalmarkt gesteckt hatte, als unerreichbar anzusehen ist. Da aber der Wohnungsnot unbedingt entgegengetreten werden müsse, werde es wohl oder übel das Zweckmäßigste sein, zu demjenigen Verfahren zurückzukehren, das in den vorhergehenden Jahren eine sehr große Zahl von Wohnungen geschaffen hat, nämlich zu der Vergebung der Hauszinssteuer-Hypothekendarlehen ohne Rücksicht auf höhere erste Hypothekendarlehen als 30 bis 35 Prozent der Baukosten.

Wir wären also wieder einmal so weit wie im verflochtenen Jahre. Immer haben wir vor Experimenten gewarnt und darauf hingewiesen, daß es das zweckmäßigste sei, die Hauszinssteuer in erhöhtem Maße für den Wohnungsbau heranzuziehen. Statt dessen hat man den Versuch mit dem privaten Kapitalmarkt gemacht, und dieser Versuch ist, wie der Hypothekendarlehenbankdirektor Dr. Karding selbst festgestellt, völlig zusammengebrochen. Nun geben alle Sachverständigen zu, daß die Finanzierung des Wohnungsbaues in absehbarer Zeit nicht voll aus dem privaten Kapitalmarkt erfolgen kann, und daß es ohne öffentliche Mittel nicht geht. Jetzt schlagen alle in ihrer Hilflosigkeit vor, zum früheren System, das man vor einem Jahr auf den Vorschlag der „Sachverständigen“ verlassen hat, wieder zurückzukehren. Das hätte man vermeiden können, wenn man den einmal beschrittenen Weg konsequent weitergegangen wäre, statt neue Systeme auszuprobieren.

Jeder, der die Dinge nur einigermaßen kennt, mußte damals schon seine warnende Stimme gegen dieses Experimentieren erheben. Die Frage, die wir seinerzeit aufgeworfen haben, wo denn das Privatkapital ist, das 40 Prozent des Bau- und Bodenwertes zur Verfügung stellt, ist uns von niemand beantwortet worden. Heute wird sie beantwortet: Das Kapital ist nicht da. Das Privatkapital hat versagt. Ohne öffentliche Zuschüsse geht es nicht, deshalb zurück zum früheren System!

Ein Glück, daß man den gemachten Fehler eingesteht. Gut, daß die Sachverständigen, die die Wohnungszwangswirtschaft dauernd bekämpfen und alles der privaten Initiative überlassen wollen, einsehen müssen, daß es ohne öffentliche Beihilfe und damit natürlich ohne Zwangswirtschaft noch nicht geht. Für dieses Jahr ist dadurch leider viel versäumt worden; für das nächste Jahr kann es besser gemacht werden. Voraussetzung ist allerdings, daß man sich schon im Herbst und Winter über die Finanzierung des Wohnungsbaues für das Jahr 1928 klar wird, und daß man mit den neuen Richtlinien nicht im Sommer 1928 an die Öffentlichkeit tritt. Wir haben nun genug Jahre der verpassten Gelegenheiten festzustellen. Man könnte jetzt wirklich einmal den Anfang machen, die Probleme rechtzeitig zu beraten, damit sie sich auch rechtzeitig auswirken können.

## Aufgaben in der Jugendbewegung

Viel wird und wurde auch früher schon über die Lehrlingsverhältnisse im Baugewerbe geklagt. Zwar sind die Mißstände im Laufe der Zeit etwas zurückgegangen, aber beseitigt wurden sie bis jetzt noch nicht. Der Lehrling ist auch heute noch gar zu oft der Laubbürsche seiner älteren Arbeitskollegen auf der Baustelle. Dem einen muß er seine Zigaretten und sonstigen Rauch- und Kauwaren besorgen, dem anderen dieses und jenem das. Daß der Lehrling das Essen und den Kaffee wärmen muß, ist auf vielen Baustellen noch eine Selbstverständlichkeit. Seine Haupttätigkeit besteht, zumal in der ersten Zeit seiner Lehre, in Botengängen, Essenwärmen und sonstigen Hilfsarbeiten. Es wird eben noch nicht der Wert auf seine berufliche Ausbildung gelegt, wie dieses notwendig wäre.

Wird er dann etwas älter und bekommt laut Tarifvertrag einen höheren Lohn, für den schon etwas geleistet werden muß, steht man ihn einfach zwischen die Gesellen, und er muß dann sehen, wie er zurecht kommt. Hierbei wird dann weniger Wert auf eine qualitative, als auf eine quantitative Leistung gelegt. So ist denn seine Lehrzeit um und er kann wohl in seinem Beruf arbeiten, aber mit den Feinheiten desselben ist er nicht vertraut. Dieses kommt daher, daß bei der praktischen Ausbildung die theoretische Ergänzung an Ort und Stelle fehlt.

Zwar haben wir Fortbildungsschulen, auf denen dem Lehrling die fehlenden theoretischen Kenntnisse vermittelt werden sollen. Diese Schulen beschränken sich jedoch im allgemeinen auf die theoretische Ausbildung der Lehrlinge. Dadurch aber fehlt die Verbindung zwischen der theoretischen und praktischen Ausbildung, die notwendig ist, wenn der Lehrling die Kenntnisse, die er sich in der Schule angeeignet hat, bei der praktischen Arbeit auswerten will. Der Fortbildungsschule wird es auch schwerlich möglich sein, diese so notwendige Verbindung zwischen Theorie und Praxis herzustellen. Es fehlen hierzu die Voraussetzungen, nämlich geeignete Lehrkräfte, die mit der praktischen Arbeit vertraut sind.

Es ist also, wie gesagt, eine Lücke zwischen der praktischen und theoretischen Ausbildung des Baulehrlings vorhanden. Und diese Lücke auszufüllen, muß die Aufgabe der Berufsorganisation sein. Aber nicht nur die Herstellung der Verbindung zwischen der theoretischen und praktischen Ausbildung ist notwendig, sondern es müssen auch die Kenntnisse, die sich

der **Verkehr** an der Fortbildungsschule und auf der Baustelle aneignet, vertieft und erweitert werden. Daß eine solche Vertiefung und Erweiterung, besonders der praktischen Kenntnisse, notwendig ist, geht schon aus den eingangs gemachten Ausführungen hervor.

Wie ist es nun der Organisation möglich, hinsichtlich der beruflichen Ausbildung ihrer jugendlichen Mitglieder etwas zu tun? Möglichkeiten hierzu bestehen in zweifacher Hinsicht. Die erste ist, daß der Verband mehr als bisher seine älteren Mitglieder auf diese Frage aufmerksam macht und sie anhält, sich der Lehrlinge auf der Baustelle anzunehmen und für ihre gute berufliche Ausbildung Sorge zu tragen. Dieses ist eine schöne und große Aufgabe, die unsere älteren Kollegen an den jungen erfüllen müssen. Besonders ist dieses aber auch eine Aufgabe der Baudelegierten. Die zweite Möglichkeit besteht darin, daß Kurse eingerichtet und Jugendversammlungen abgehalten und diese so ausgebaut werden, daß es dem Lehrling möglich ist, sich in denselben beruflich weiterzubilden. Bei derartigen Veranstaltungen darf man sich aber nicht darauf beschränken, Vorträge zu halten, sondern sie müssen lebendig gestaltet werden, denn nur so wird das Interesse der Jungen an der Sache geweckt und gefördert und das Ziel erreicht. Das läßt sich z. B. leicht dadurch erreichen, daß Modellsteine für Maurerlehrlinge beschafft werden, deren es die verschiedensten Arten und Größen gibt. An Hand von Zeichnungen kann man hiermit beliebiges Mauerwerk herstellen. Die Dauer von derartigen Veranstaltungen könne man beliebig gestalten. So kann man zunächst einmal die verschiedenen Verbände zeigen, dann einjaches Mauerwerk, und geht dann später zu komplizierteren Arbeiten über. Vielleicht stellt man die verschiedensten Bögen her, prüft sie auf ihre Tragfähigkeit, verfertigt Wände mit Tür- und Fensteranschlüssen und anderes mehr. Besonders ist noch die Einrichtung von sogenannten Lehrwerkstätten zu empfehlen. Dieses ist eine ziemlich einfache Sache. Man benötigt hierzu einige Quadratmeter Raum, Garten oder Feld, einige hundert Ziegelsteine, etwas Sand und Kalk. Unter Anleitung eines auf sachlichem Gebiet tüchtigen Kollegen läßt sich mit einer derartigen Einrichtung für unsere jungen Kollegen außerordentlich viel tun. Ähnliche Einrichtungen, wie für die Maurerlehrlinge, lassen sich auch für die Lehrlinge anderer Fächer schaffen, so z. B. für die Zimmererlehrlinge mit Modellhölzern usw. Wert sollte bei dieser Arbeit darauf gelegt werden, daß der Maurer etwas mit der Arbeit des Zimmerers, der Zimmerer etwas mit der des Handwerkers an einem Werk, das mit seiner Arbeit noch nicht vollendet ist, weiß, wie der andere, der nach ihm kommt, weiter arbeitet. Denn dadurch würde eine viel stärkere Verbindung innerhalb des Berufes herbeigeführt.

Eigentlich sollte auch jeder Arbeiter, besonders aber der Handwerker, das Material, das er verarbeitet, kennen. So ist es für den Bauarbeiter doch recht interessant und lehrreich, etwas aus der Bauofflehre zu wissen. Es gibt auch für diesen Zweck außerordentlich viel Material, z. B. Lehrmittelfaßten für Zement und Kalk. Diese enthalten die verschiedenen Arten des Baustoffes und die einzelnen Bestandteile desselben in den verschiedenen Stadien der Verarbeitung.

Diese ganze Arbeit kann sehr gut ergänzt werden durch Besichtigungen von interessanten und schönen, alten und neuen Bauwerken. Hiermit läßt sich so außerordentlich viel Schönes und Lehrreiches verbinden. Und gerade auf diesem Gebiete wird noch viel übersehen. Zeigen wir unsern Jungen das oft an das Wunderbare Grenzende, was unsere Vorfahren, Bauarbeiter früherer Jahrhunderte, geschaffen haben.

Mit diesen Ausführungen ist das, was auf diesem Gebiete zu leisten notwendig ist und was geboten werden kann, allerdings nicht im entferntesten erschöpft. Es ist alles nur kurz angedeutet. Alle angeführten Dinge sind sehr ausbaufähig. Wir wollen aber bei unserer Arbeit an der Jugend das Berufliche in den Vordergrund stellen. Wir wollen aus unserer christlichen Bauarbeiterjugend berufstüchtige, berufsfreudige und berufsstolze Menschen machen, zum Besten unserer jungen Kollegen selbst, zum Besten des christlichen Bauarbeiterverbandes und der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung. **A. Leuninger.**

### Wie eine Innung den Tarifvertrag mißhandelt

Auf Grund der Entscheidung des Haupttarifamtes in der Lehrlingsfrage, nach welcher allen Lehrlingen die Tariflöhne und die Löhne für Fortbildungsschulstunden, soweit sie in die Arbeitszeit fallen, zu zahlen sind, haben wir uns veranlaßt, auch dieses von den Bottroper Arbeitgebern zu verlangen. Der erste Termin am Arbeitsgericht Gladbeck führte nicht zum Ziele, da der Vertreter der Innung, Dr. Schumacher, auf die Gewerbeordnung hinwies, wonach vorerst der Lehrlingsausschuß zu hören sei. Da der Vorsitzende des Arbeitsgerichts diesem Antrage stattgab, zogen wir die Klage zunächst zurück.

Weil nun infolge unseres klärbaren Vorgehens drei Lehrlinge striflos entlassen wurden, beantragten wir bei der Schlichtungskommission Gladbeck die Wiedereinstellung dieser Lehrlinge. Ebenso verlangten wir eine klare Stellungnahme zu dem Tariflohn und Bezahlung der Fortbildungsschulstunden. Auch hier beantragte Dr. Schumacher, daß die Schlichtungskommission sich als nicht zuständig erklären solle. Demgegenüber verwiesen wir auf die Bestimmungen des

Reichstarifvertrages, wonach die Schlichtungskommission als Stühninstelle in Streitfällen zwischen den vertragsschließenden Parteien zu gelten hat. Da die Bottroper Arbeitgeber Mitglieder des „Westdeutschen Baugewerbe-Verbandes“ sind, sei die Schlichtungskommission zuständig. Trotzdem die drei Schlichtungsinstanzen Bottrop, Buer und Gladbeck ihre ganze Redekunst spielen ließen, drangen wir dennoch mit unserem Antrage durch. Die Schlichtungskommission, die sich bezeichnenderweise aus drei Arbeitgebern, darunter der Unternehmer Bremer sich befand, der Mitglied der Bottroper Innung ist, und drei Arbeitnehmern zusammensetzte, fällt nach kurzer Beratung folgende Entscheidung:

„Die Schlichtungskommission erklärt sich für zuständig in der vorliegenden Streitfrage und beschließt, daß das Lehrverhältnis der Lehrlinge Erich Ganz zu Bottrop bei dem Unternehmer Bergendahl, Karl Peeters und Emil Hilker bei dem Unternehmer Kruse in Bottrop weiterbesteht. Die Lehrlinge sind wieder einzustellen und mit den tariflichen Entschädigungen zu entschädigen.“

Gründe: Die Schlichtungskommission schließt sich der grundsätzlichen Entscheidung des Haupttarifamtes über § 6 RTB. (Lehrlinge) Entscheidung Nr. 28/3 vom 25. Juni 1927 an.

Ebenso ist danach allen Lehrlingen der Tariflohn und die Fortbildungsschulstunden zu zahlen.“

Trotz dieser klaren und eindeutigen Entscheidung der Schlichtungskommission erklärten Dr. Schumacher und der Vertreter der Firma Bergendahl, diese kummere sie nicht. Sie würden sich nicht hieran fügen. Eine Einstellung der Lehrlinge müßten sie ablehnen, da die Bestimmungen der Gewerbeordnung Gesetz seien, die durch den Tarifvertrag nicht umgestoßen werden könnten. Ja, in einer Zeitungsnotiz weisen sie darauf hin, daß sie diese Entscheidung der Schlichtungskommission zu den Akten legen und darauf schreiben würden: „Ruhe sanft“. Folgende Auslassung gibt ein Bild von der geistigen Einstellung der Bottroper Innung. Es heißt wörtlich in der genannten Notiz:

„Ein Tarifvertrag ist kein „Allheil“-Mittel. Die Tarifvertragsparteien können nicht vereinbaren, was gegen das Gesetz verstößt, denn dadurch wird ein Vertrag ungültig. Da der Tarifvertrag in der Lehrlingsfrage eine Regelung getroffen hat, die schon gesetzlich seit Jahren anders festgelegt war, so ist der Tarifvertrag im Baugewerbe erledigt.“

Man fragt sich ob dieser Auslassung an den Kopf und fragt sich, wie ist es möglich, daß Arbeitgeber, die Mitglieder einer vertragsschließenden Organisation sind, eine solche Stellung einnehmen können. Sie vertreten die Auffassung, daß nach dem Gesetz der Lehrlingsausschuß zuständig sei, und daß der Tarifvertrag im Lehrlingswesen nichts zu besagen habe.

### Das Wohnungswesen in Deutschland und im Ausland

Von Joseph Treffert, Berlin

I.

Wer sich mit dem Wohnungsproblem beschäftigt und gezwungen ist, an verantwortlicher Stelle an der Behebung der Wohnungsnot und des Wohnungselends mitzuarbeiten, sollte sich nicht darauf beschränken, die Frage theoretisch zu studieren und über Mittel zur Lösung nachzudenken, sondern er sollte auch die Praxis auf sich einwirken lassen. Das zwingt ihn zu Besichtigungen und zum Studium der Verhältnisse an Ort und Stelle. Man muß in den Altwohnungen der Großstadt gewesen, muß das Mietskasernenland gesehen, die Familien des 4. und 5. Hinterhofes aufgesucht haben, muß in Stadt und Land die Zweckmäßigkeit der verschiedenen Bauweisen studiert, die Schönheit der Gartenstädte und Siedlungen kennen gelernt haben. Nicht nur das: Man kennt erst Vorteile und Nachteile der verschiedenen Methoden und Systeme (Bauweisen, Finanzierung, Auswirkung der Prengwirtschaft usw.) und kann Vergleiche ziehen, wenn man nicht nur in Deutschland in verschiedenen Städten und Bezirken die Verhältnisse an Ort und Stelle studiert, sondern auch Umfragen im Auslande hält.

Nachdem wir im letzten Jahre Gelegenheit hatten, anlässlich des Internationalen Städtebaulehrtages in Wien die so viel besprochenen Wiener und Prager Wohnverhältnisse kennen zu lernen, unternahm in diesem Jahre die Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft eine zweimonatliche Studienreise durch Holland und England, an der sich Vertreter verschiedener Ministerien, Städte, Landkreise, Siedlungen und Wohnungsfürsorge-Gesellschaften beteiligten.

Der Zweck solcher Studienreise kann nicht sein, nachher einfach die Verhältnisse der besuchten Städte auf Deutschland zu übertragen, sondern zu lernen, zu vergleichen, die Anwendbarkeit zu prüfen. Man muß immer an höhere Gesetzmäßigkeiten anknüpfen, muß die wirtschaftliche, klimatische, bauliche und soziale Struktur des Landes berücksichtigen. Die Fälle von Einbrüchen bieten Anregungen genügend und man

kann sehen und lernen, wie man es besser machen, aber auch, wie man es nicht machen soll.

Leider ist es recht schwierig, Vergleiche zu ziehen, weil die Verhältnisse so sehr verschieden gelagert sind. Redet man von Miete, so muß man in England z. B. immer fragen, ob von der reinen Miete die Rede ist, oder ob die Steuer mit einbegriffen ist. Die Gemeindesteuer wird nämlich als Zuschlag zur Miete erhoben. Redet man von Gemeindevorkaltungen, so darf man z. B. die Verwaltung Berlins nicht gleich setzen mit der Londons. Berlin ist einheitlich gestaltet, während London aus 28 Unterabteilungen mit selbständigen Verwaltungsbezirken und selbständigen Bürgermeistern besteht und jede Gemeinde die Aufgabe auf dem Gebiete des Wohnungswesens selbständig zu lösen hat. In England gibt es keine zentralisierte Staatsverwaltung. Man kennt dort keine Landräte, Regierungs- und Oberpräsidenten. Es gibt z. B. 1805 untere Verwaltungskörper und etwa 70 höhere Verwaltungskörper (Grafschaften). Auch ist es schwer, einen vergleichenden Ueberblick über die Baupreise, Mieten, Steuern usw. zu erhalten, weil die Umrechnung des Geldes (Goldkronen, Papierkronen, Schilling, Pfund, Gulden usw.) durch den verschiedenen Wert des Geldes in den letzten Jahren kaum möglich ist. Der Begriff „Haus“ ist bei uns ein anderer als in Holland und England und Wien. Bei uns und in Wien sind mehrere Wohnungen in einem Hause, während in England und Holland, weil sie überwiegend Einfamilienhäuser haben, der Begriff Haus mit Wohnung gleichzusetzen ist, und selbst wenn man über die Zahl der Wohnungen redet, kann man die Zahlen ohne weiteres nicht vergleichen, weil in Deutschland im Durchschnitt die Wohnung größer, ja wohl doppelt so groß ist als in Wien, Holland und England. Trotzdem kann man durch die Vergleiche gewisse Schlussfolgerungen ziehen.

#### Wohnungsnot und Wohnungselend

haben alle Länder gemein. Die Ursachen sind die gleichen wie in England: Stillstand der Bautätigkeit während des Krieges, Teuerung, Zunahme der Eheschließungen nach dem Kriege, Verfall der Altwohnungen. In Holland und England kommt hinzu, daß der Verfall der Altwohnungen schneller vorwärts

schreitet, was auf die leichtere Bauweise der Häuser zurückzuführen ist. Die Reparaturen werden infolge der eigenartigen Besitzverhältnisse weniger sorgfältig ausgeführt. Die Wiener Bevölkerung hat sich zwar von 2 030 000 auf 1 860 000 vermindert. Das bedeutet von 1910 bis 1923 eine Abnahme von rund 170 000 Einwohnern. Jedoch ist die Zahl der Haushaltungen, die allein den Wohnungsbedarf bestimmen, um mehr als 40 000 gestiegen. Durch die niedrige Miete, die fast nichts mehr bedeutet, geraten die bestehenden Häuser in immer schlechteren Bauzustand. Die private Bautätigkeit ist fast vollständig unrentabel geworden. Beim städtischen Wohnungsamt waren Ende 1925 rund 20 000 Wohnungsbewerber als bevorzugt vorgemerkt. Schon vor dem Kriege mußten Arbeiter und Angestellte ein Fünftel, oft sogar ein Viertel ihres Einkommens für ihre Wohnung bezahlen, die nicht einmal den geringsten gesundheitlichen Ansprüchen genügt. Dadurch waren die meisten Inhaber von kleinen Wohnungen zur Aufnahme von Untermietern gezwungen. Der berühmte Nationalökonom, der verstorbene Universitätsprofessor Philippovic, schilderte das Wiener Wohnungselend einmal in folgenden Sätzen:

„Man kann Wohnung für Wohnung abschreiten, es fehlt alles, was wir als Grundlage gefunden, bürgerlichen Lebens zu sehen gewohnt sind. Die Wohnung ist nur eine Schutzdecke vor den Unbilden der Witterung, ein Nachtlager, das bei der Enge, in der sich die Menschen drängen, bei dem Mangel an Ruhe, Luft, an Reinheit, nie den erschöpften Körper zur Ruhestätte werden kann. . . Diese Wohnungen bieten keine Behaglichkeit und keine Erquickung, sie haben keinen Reiz für den von der Arbeit Abgemühten. Wer in sie hinabgesunken oder hineingeboren wurde, muß körperlich und geistig verkümmern und verwelken oder verwildern.“

In Wien hatten von je 1000 vor dem Kriege erbauten Kleinwohnungen 93 keine Wasserleitung und 21 keinen Abort in der Wohnung. Ganz so schlimm waren die Verhältnisse in Deutschland nicht, aber was Philippovic von den Wohnungsverhältnissen Wiens sagt, kann man auch auf die Mietskasernen der Großstädte Deutschlands mit ihren engen licht- und sonnenlosen Hinterhöfen und Kellerwohnungen der Vorkriegszeit anwenden. (Fortsetzung folgt.)

Unsere wiederholten Einwendungen, daß, nachdem das Haupttarifamt als oberste Schlichtungsinstanz in der Lehrlingsfrage entschieden habe, dieses auch für die Arbeitgeber maßgebend sei, wurde mit dem Einwand abgelehnt, daß die Gewerbeordnung nur durch die Regierung und das Parlament geändert werden könnte, aber niemals durch den Tarifvertrag.

In genannter Zeitungsnotiz wird sogar dem Tarifvertrag die Schuld zugeschoben, daß manche Lehrlinge mit ihrer Leistung und sachmännischen Erlerung im Handwerk zurückblieben. Ja, man wagte es sogar, die Gewerkschaften dafür verantwortlich zu machen, wenn die Lehrlinge nicht den Ansprüchen der Unternehmer entsprechen. Höher gehts nimmer! Wir haben den Bottroper Arbeitgebern in der Tagespresse sofort eine entschiedene Antwort auf solche Unmaßnahme gegeben. Auch hier möchten wir nochmals zum Ausdruck bringen, daß wir es ganz entschieden zurückweisen müssen, die Lehrlinge jemals von ihrer pflichtgemäßen Arbeitsleistung abgehalten zu haben. Stets ist es unsere Gepflogenheit gewesen, nicht allein die Lehrlinge, sondern auch die älteren Mitglieder zur eifrigen Arbeitsausführung anzuhalten. Noch immer haben wir uns hierzu verpflichtet gefühlt, und müssen wir daher diese Unterstellung als große Unverschämtheit bezeichnen. Die Bottroper Innung verlangt schließlich noch von uns, daß wir zu jedem Lehrling einen besonderen Gefellen von der Organisation stellen. Es muß einmal hier klar und deutlich ausgesprochen werden: Wenn manche Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit nicht über das erforderliche handwerksmäßige Können verfügen, dann trifft die größte Schuld die Arbeitgeber selbst. Warum werden die Lehrlinge öfter 1-2 Jahre zu allen möglichen Hilfsarbeiten verwandt! Es ist dann ganz ausgeschlossen, daß der Lehrling in dem letzten Jahre sich die benötigten Kenntnisse aneignen kann. Wir haben wiederholt unsere mahnende Stimme erhoben, predigten aber immer tauben Ohren. Wenn man trotzdem jetzt der Organisation wegen ungenügender Ausbildung der Lehrlinge Vorwürfe machen will, dann fallen diese Anwürfe auf die Angreifer zurück. Es ist wirklich die höchste Zeit, daß das Berufsausbildungsgesetz verabschiedet wird, damit der gewerkschaftliche Einfluß in dem gesamten Lehrverhältnis größer wird.

In diesem Zusammenhang muß noch erwähnt werden, daß der Arbeitgeber Rathage von Bottrop seinen beiden Lehrlingen, die Mitglieder unserer dortigen Jugendgruppe sind, den Tariflohn, welchen er schon über zwei Monate zahlte, um den Betrag kürzte, den die Innung für ungerechtfertigt ansieht. Dadurch brachte es der Unternehmer tatsächlich fertig, zwei Lohnstage den Lehrlingen eine leere Lohnkarte in die Hand zu drücken. Als wir dieses unerhörte Verfahren in der Tagespresse gebührend kennzeichneten, entschuldigte die Innung dieses damit, daß sie sagte, der Unternehmer habe sich geirrt. In der deutschen Sprache gebe es ein Wort, das hieß „Fehler“. Wenn das nicht ab und zu zu seinem Rechte käme, so hätte es doch seinen Zweck verfehlt!

Wir hatten entsprechend der Entscheidung des Arbeitsgerichts bzw. dem Räte des Vorsitzenden durch Einschreibebrief eine Lehrlingsauschussprüfung beantragt, um die prozeßhindernde Einrede aus dem Wege zu räumen, obwohl wir wissen, daß bei den Verhandlungen in diesem Gremium nichts Positives herauskommt. Dennoch sollte von uns aus nichts unterlassen werden, den Lehrlingen zu ihrem tariflichen Rechte zu verhelfen. Als unsere Kommission zum festgesetzten Zeitpunkt sich einfindet, war der Herr Syndikus abgereist. Ja, man erdreistete sich sogar, zu befehlen, daß der Einschreibebrief erst tags vorher eingetroffen sei.

Infolge dieser Situation haben wir nunmehr, gestützt auf die Entscheidung der Schlichtungskommission Gladbeck, erneut drei Klagen am Arbeitsgericht eingereicht, um die Wiedereinstellung der Lehrlinge zu erwirken. Wir sind nun wirklich gespannt, wie sich das Arbeitsgericht jetzt zu der Sache stellt. Auch dürfen wir neugierig sein, welche Klünste Dr. Schumacher wieder anwenden wird, um auch jetzt wieder das Arbeitsgericht für unzuständig zu erklären. Ueber den Ausgang am Arbeitsgericht werden wir später berichten.

Sobiel zeigt jedenfalls der ganze Streit mit der Bottroper Innung, daß es wirklich höchste Zeit ist, daß unser Innungswesen bzw. die Gewerbeordnung reformiert wird. So können die Dinge nicht weiter treiben. Was nützen uns letzten Endes alle Tarifabschlüsse, in welchen die Lehrlingsfragen geregelt werden, wenn die Innungen und die Gewerbeordnung der praktischen Auswirkung hindernd im Wege stehen. Es ist dann ganz einfach unmöglich, erfolgreiche und praktische Jugendarbeit zu leisten. Ganz abgesehen davon, daß der Tarifgedanke sich nicht in dem Maße auswirkt, wie es notwendig ist.

Daher fordern wir, daß in dem neuen Berufsausbildungsgesetz ausdrücklich die Rechte der Innungen beschnitten werden. Sonst werden wir auf tarifrechtlichem Gebiete in der Lehrlingsfrage um Jahre

**Am 27. August 1927 ist der fünfunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1927 fällig.**

zurückgeworfen. Hier ist schnellste Abhilfe geboten. Andererseits ist es aber auch notwendig, daß die Leitung des Baugewerbeverbandes von ihren Mitgliedern verlangt, daß sie die vertraglichen Bestimmungen inne halten. Es geht nicht an, daß durch die Machinationen des Syndikus einer Innung der Tarifgedanke im Baugewerbe unterhöhlt wird.

Josef Einig.

**Allgemeine Rundschau**

**Ferien**

Gewiß gewöhnt sich der Mensch an das tägliche Arbeitenmüssen, das er mit mehr oder weniger Bereitwilligkeit auf sich nimmt. Über die Gewohnheit darf nicht zum fatalistischen „Ertragen“ führen und der Schaffende nicht zum Arbeitssklaven herunter sinken, der, von der ihm zugeteilten Arbeit erdrückt, mit der Enge seines Standortes sich begnügen muß und nicht zur Weite befristeter Erfüllung voranschreitet. Fast scheint es so, als ob in unserer modernen Wirtschaft gerade der körperlich Tätige ruhelos produktiver muß, damit die anderen um so ausgehender die Segnungen der Mußezeit genießen können. Man sieht im Arbeiter immer noch den werteschöpfenden Arbeiter, aber nicht den Menschen, der in einer ausreichenden Freizeit auch einmal ganz Mensch sein kann.

Der Beamte, der Unternehmer, der Kaufmann, selbst der Renten- und Pensionsempfänger nimmt für sich das Recht in Anspruch, wenigstens einmal im Jahre auszuspazieren aus der Dreimühle des täglichen Eingespantseins. Er nimmt sich oder bekommt seine Ferien, seinen Urlaub. Der steht ihnen zu und niemand wird sie ihnen streitig machen wollen. War es aber notwendig, daß die Arbeiter diese Selbstverständlichkeit erst der Wirtschaft abtrotzen mußten? Es wäre heute noch nichts in dieser Beziehung gesehen, wenn die Gewerkschaften nicht tatkräftig eingegriffen hätten. Die ganze Minderwertung des Arbeiterstandes prägt sich darin aus, daß man ihm jahrzehntelange vorenthielt, was man sich selber als dringend notwendig zuerkannte. Das Argument von der „Begehrlichkeit der Massen“, die zum Zusammenbruch der Wirtschaft führe, ist durch die Tatsachen längst überholt und so verlogen unsittlich, daß man sich schämen sollte, dasselbe überhaupt noch in die Debatte zu werfen. Um so kennzeichnender für den Tiefstand unserer kulturellen Anschauungen und den Fortschritt der Gemeinschaftsenerkenntnis ist es, daß auch heute noch nur ein Teil der Arbeiter einige wenige Tage tariflich festgelegter Ferien bekommt. Das ist ein unmwürdiger und unhaltbarer Zustand, der stärkste Verbitterung auslöst und die Ordnung des Gemeinschaftslebens wie den ruhigen Fortgang der Wirtschaft ernstlich gefährden muß. Man gewöhne sich doch endlich ab, in dem Arbeiter eine bloße Arbeitsmaschine zu sehen, die man bis zur völligen Abnutzung in das Räderwerk der Wirtschaft einspannt, und achte in ihm den Menschen, der der Ausspannung zum mindesten genau so bedarf wie die übrigen Stände, und der sie sich redlicher erworben hat als manche Nutznießer, die sich fast ausschließlich konsumptiv betätigen und deren Nichtvorhandensein keine Lücke, sondern eine Entlastung bedeuten würde. Nur bei solcher Einstellung kann man ehrlicherweise vom Arbeiter vollkommene und wirtschaftliche Verbundenheit verlangen. Und wenn die Gewerkschaften für eine gerechte Ausdehnung der Arbeiterferien eintreten, so liegt das durchaus im Sinne der Gemeinschaftsverwirklichung, die letztlich den größten Vorteil davon hat.

Was für den Arbeiter ganz allgemein gilt, das gilt in besonderem Maße für den jugendlichen Arbeiter. Wer will, daß unser Nachwuchs in seiner Gesamtheit zu geunden, zufriedenen und vernünftig denkenden und urteilenden Menschen heranwächst, der Sorge vor allen Dingen mit für eine ausreichende Freizeit unserer erwerbstätigen Jugend. Hier sind die besonderen Wünsche des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, Mindestforderungen, die in absehbarer Zeit unbedingt erfüllt werden müssen.

**Aus dem Verbandsleben**

**Verwaltungsstelle Mörz.** Am Sonntag, den 31. Juli, fand unsere Verwaltungstellenkonferenz für das zweite Quartal statt. Kollege Peil erstattete den Geschäftsbericht. Die Bauartigkeit letzte im Kreise Mörz war zu spät ein, hat sich aber schon verhältnismäßig gut entwickelt. Arbeitslose sind nur noch vorübergehend bei den ungelerten Bauarbeitern zu verzeichnen. Der abgeschlossene Reichs- und Bezirksarif für die Hauptberufe hat die Agitation nicht unwesentlich gefördert. Bei den Spezialberufen sind es die Stukkateure und Fußer, die noch immer auf den Abschluß des Bezirksarifes warten. Im südlichen Teil der Kreise wird der Reichs- und Lohnarif durchgeführt bis auf einige Firmen in Domburg und Hochammerich, die sich immer noch nicht damit abfinden können, daß auch für die Lehrlinge der Tarif Gültigkeit hat. Es muß Auf-

gabe unserer Kollegen sein, die Lehrlinge restlos unserem Verbands zuzuführen. Unsere Kollegen müssen noch mehr wie bisher aus der Reserve herausgehen und sich aktiver betätigen. Besonders das Baudelegiertenwesen läßt noch sehr viel zu wünschen übrig. Nur durch tatkräftige Mitarbeit aller Kollegen wird es möglich sein, den christlichen Bauarbeiterverband zu einem Machtfaktor zu gestalten und dadurch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so auszubauen, wie es im Interesse unserer Kollegen notwendig ist.

Der Kassenbericht vom zweiten Quartal schloß mit einer Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von 5687,43 Mark, für die Lokalkasse von 3745,65 Mark, der Lokalkassenbestand beträgt 1157,02 Mark. Aufgenommen wurden im zweiten Quartal 237, aus anderen Verbänden zu uns übergetreten sind 18 Mitglieder. Manche Ortsgruppen haben durch intensive Arbeit des Vorstandes und der Vertrauensleute ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelt. Nach einer sehr regen Diskussion, worin alle ihrer Freude über den Erfolg Ausdruck gaben, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Zu der Konferenz hatte der Vorstand auch die Kollegen, welche sich in der Frühjahrsgitation besonders betätigt hatten, eingeladen, um ihnen für ihre Mühe zu danken und die gestifteten Preise persönlich auszuhändigen. Kollege Peil hob in einer kurzen Ansprache die Bedeutung der Werbung für unseren christlichen Bauarbeiterverband hervor. Neben alten ehrlichen Kämpfern waren es auch erfreulicherweise mehrere jüngere Kollegen, schon solche mit 17 bis 18 Jahren, die sich rege an der Agitation beteiligt und einen Preis erworben hatten. Kollege Jakob Tenbücken, der mit 55 Aufnahmen einen Rekord aufgestellt hat, dankte im Namen aller Kollegen und versprach, daß die Kollegen auch in Zukunft alles daran setzen würden, um den Indifferenzismus hier im Kreise Mörz zu beseitigen.

Zum Schluß dankte der Vorsitzende, Kollege Teschner, nochmals allen Kollegen für ihre treue Mitarbeit und schloß mit einem kräftigen Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter die schon verlaufene und gut besuchte Delegiertenversammlung. S. P.

**Verwaltungsstelle Koblenz.** Am 31. Juli fand unsere Verwaltungsstellen-Delegiertenversammlung der Gesamtverwaltungsstelle Koblenz für das 2. Vierteljahr statt. Der erste Vorsitzende, Kollege Ballmann, konnte eine recht stattliche Zahl von Vertretern der einzelnen Ortsgruppen begrüßen. Kollege Steioß gab den Bericht für das zurückliegende Vierteljahr. Er konnte eine günstige Beschäftigungssituation feststellen. Wenn auch nicht von einer Hochkonjunktur die Rede sein kann, so bringen die in Angriff genommenen und noch in Aussicht stehenden Bauarbeiten für die überwiegende Mehrzahl der Bauarbeiter bis zum späten Herbst Beschäftigung. Auch in der Tarifbewegung konnten zum Teil sehr erhebliche Fortschritte festgestellt werden. Ist es doch immerhin gelungen, eine Lohnerhöhung von insgesamt 7 Pf. in zwei Staffeln herauszuholen. Ebenso konnte wieder ein brauchbarer Bezirksarifvertrag den Kollegen in die Hand gegeben werden. Leider ist der A. E. B. für das deutsche Studegewerbe in seinem vorliegenden Entwurf nicht zur Annahme gelangt, und es muß daher für diese Berufsgruppe versucht werden, wie auch im Vorjahre Bezirksarifverträge zu schaffen. Erhebliche Kämpfe waren zur Durchführung des Achtstundentages notwendig, weil in einzelnen Gebieten der Verwaltungsstelle die Ueberarbeit bereits zur Regel geworden war. Mühte doch gegen 2 Firmen Strafantrag bei der Gewerbeaufsicht bzw. bei der Staatsanwaltschaft gestellt werden, um den Achtstundentag wieder als Regel festzulegen.

In der Agitation ist ebenfalls Wichtiges geleistet worden. Sind doch im Berichtsvierteljahr über 200 Aufnahmen von den Vertrauensleuten und Baudelegierten gemacht worden. Auch an dieser Stelle allen Kollegen für die geleistete Arbeit herzlichen Dank! Notwendig ist aber, daß die Werbung nicht Sache Einzelner ist, sondern Gemeingut aller christlich organisierten Bauarbeiter wird und sich alle Kollegen in den Dienst des Verbandes durch Uebernahme eines Vertrauensmännerpostens, sei es als Hauskassierer, Baudelegierter oder Vorsitzender, stellen.

Der anschließend gegebene Kassenbericht wies gegenüber dem 1. Quartal verdreifachte Zahlen auf. Auch die Lokalkasse konnte aufgefüllt werden.

Die Aussprache war sehr lebhaft. Alle Diskussionsredner forderten auf, nochmals tatkräftig in der Agitation zu arbeiten, damit das Ziel, das der Verband sich gestellt hat, in diesem Jahre auch erreicht wird.

Sodann berichtete der Kollege Steioß über die Jugendbewegung in der Verwaltungsstelle und die vor einigen Monaten ins Leben gerufene Lehrlingsabteilung. Die bis jetzt erzielten Ergebnisse sind befriedigend, wurde doch einer ansehnlichen Zahl von Lehrlingen bereits durch Einrichtung eines Zeichenkursus, der in uneigennütziger Weise von dem Kollegen Kreino geleitet wird, das heute unumgänglich notwendige Wissen auf diesem Gebiet vermittelt. Ebenfalls sollen mit den zur Verfügung stehenden Modellen Modelle aller Art hergestellt werden. Zu der Aussprache beauftragten alle Delegierten den Willen, auch am Ausbau der Lehrlingsabteilung tatkräftig mitzuarbeiten. Nach Erledigung verschiedener Anträge und einem kräftigen Schlußwort schloß der Vorsitzende die Delegiertenversammlung mit dem Ruf: Auf Wiedersehen in der nach Abschluß der Werbeaktion stattfindenden Festversammlung mit Preisverteilung für hervorragende Agitationsleistungen! St.

**Verwaltungsstelle Dortmund.** Am 14. August fand im Lokale unsere Verwaltungsstellen-Konferenz statt. Den Tätigkeitsbericht erstattete der Kollege Petri. In der Verwaltungsstelle herrscht reges Leben. Die Bautätigkeit ist in allen Orten gut. Nachdem der Bezirksstaris in Kraft getreten war, mußten eine Anzahl Beschwerden an die Schlichtungskommission eingereicht werden, weil die Unternehmer sich nicht gut an die im Verträge vorgesehenen Zuschläge gewöhnen konnten und Hilfsarbeiter mit Tiefbauarbeiterlöhnen abgebeißt wurden. Sehr im argen lagen die Lehrlingslöhne, und die Bezahlung der Schulstunden ist den Unternehmern ein Dorn im Auge. Nachdem nun das Haupttarifamt endgültig entschieden hat, werden auch hier die Lehrlinge entsprechend dem Tarifvertrag entlohnt. Mit der Arbeitszeitverordnung konnte sich ein Teil der Unternehmer schlecht abfinden. Nachdem einige Strafverfahren wegen Ueberschreitung gestellt sind, ist es besser geworden. Im Feuerungsgewerbe bestehen noch Differenzen, die durch Schiedsgericht entschieden werden sollen.

Unsere Werbearbeit hatte guten Erfolg. Im zweiten Quartal wurden 815 Neuaufnahmen und 60 Uebertritte erzielt. Das Hauptgewicht muß jetzt darauf gelegt werden, die neu gewonnenen Mitglieder zu halten und sie zu Gewerkschaftlern zu erziehen. Dies kann erreicht werden, wenn auf jeder Baustelle von unsem Verband ein Baudelegierter vorhanden ist. Dieser hat die Pflicht, alle 14 Tage eine Bücherkontrolle abzuhalten. Das Resultat der Kontrolle soll in das von der Verwaltungsstelle dafür gelieferte Formular eingetragen werden. Dieses Formular ist dem Ortsgruppentaffierer auszuhändigen, damit dieser mit dem Hauscaffierer feststellen kann, warum ein Mitglied im Rückstande ist. Sobald sich herausstellt, daß der Hauscaffierer nichts ausrichten kann, hat die Agitationskommission das sämige Mitglied aufzusuchen. Es muß darauf geachtet werden, daß die Hauscaffierung wöchentlich erfolgt. Diese Vorschläge wurden zum Beschluß erhoben.

Den Kassenbericht gab Kollege Ernst. Die Gesamteinnahme betrug im 2. Vierteljahr 3378,15 Rm. Davon entfällt auf die Hauptkasse der Betrag von 2518,95 Rm. Der Lokalkassenbestand erhöhte sich von 5318,90 Rm. auf 6880,54 Rm. Der Verwaltungsstellencaffierer ließ es an Deutlichkeit in seinen anschließenden Ausführungen nicht fehlen. Vor allem betonte er, daß Pünktlichkeit in der Kaffierung der feste Grund für die finanzielle Entwicklung unseres Verbandes sei. Die wöchentliche Bedienung eines jeden Verbandsmitgliedes müsse unbedingt erfolgen. Die schon seit Jahren in unserer Verwaltungsstelle eingeführte monatliche Abrechnung der Ortsgruppencaffierer habe sich gut bewährt, gleichfalls die wöchentliche Abrechnung der Hauscaffierer. Trotz den vielen Ausnahmen bei der Markendurchschnitt zur Friedensstellung und es sehe fest, daß das Ergebnis des Kassenabchlusses für das verfloßene Vierteljahr nur auf die Pünktlichkeit der Hauscaffierer zurückzuführen sei. Wenn festgelegt würde, daß irgendwo die pünktliche Bedienung nicht eract durchgeführt wird, dann müsse sofort für Abhilfe gesorgt werden. Dieses sei eine unbedingte Notwendigkeit, um durch die pünktliche Eincaffierung der Beiträge auch die neugewonnenen Mitglieder dem Verbands zu erhalten. Kollege Ernst äußerte dann den Wunsch, daß doch kein Ortsgruppencaffierer in diesem Jahre seinen Posten niederlegen, sondern treu auf ihm ausharren möge. Er dankte allen, die am guten Gelingen mithalfen. Sein Dank galt vor allem den Ortsgruppen- und Hauscaffierern.

Für alle heißt es jetzt mithelfen in alter Treue zur weiteren Stärkung des Verbandes und unserer Verwaltungsstelle.

In einer schönen Kundgebung gestaltete sich das 16. Gewerkschaftsfest der christlichen Gewerkschaften Dortmund-Hoerde, welches am 7. August stattfand. Das Fest wurde eingeleitet mit einem Festzuge, der bei Freund und Feind Eindruck gemacht hat. Dieses geht aus dem einmüßigen Bericht in der Dortmunder Presse hervor. Der uns sonst nicht freundlich gestimmte „General-Anzeiger“ schreibt:

„Das gelungene Gewerkschaftsfest der christlichen Gewerkschaften war vom herrlichsten Wetter begünstigt und die Beteiligung am Festzuge außerordentlich groß.“

Gegen 13 Uhr marschierten die verschiedenen Berufsgruppen, teilweise unter klingendem Spiel, von ihren Versammlungsorten zum Sammelplatz auf dem hohen Wall, der um diese Zeit dicht bevölkert war. Kurz vor 14 Uhr setzte sich der Festzug durch die Frankentrage in Bewegung. Die Spitze hatte das Orchester der Hoerde. Am zahlreichsten waren wohl die Bauarbeiter vertreten. Die Spitze erreichte gegen 16 Uhr das Festlokal, den Fiedensbaum, wo sich schon bald ein humibewegtes Treiben zeigte usw.“

Es ist richtig, wir Bauarbeiter waren am stärksten vertreten. Wir konnten die dreifache Zahl aufweisen wie der Bauarbeiterverband beim Festzuge der freien Gewerkschaften, welcher 14 Tage früher stattfand.

Besondere Freude haben wir an unserer Jugendgruppe gehabt, die mit über 100 Mitgliedern am Festzuge teilnahm. Bei diese jungen Kollegen gesehen hat, wie sie stolz hinter ihrem Wimpel marschierten, auf dem das Sinnbild der vereinten Kraft so schön dargestellt ist, der wird sagen müssen, daß unser Verband einen guten Nachwuchs sich gesichert hat, der zu den besten Hoffnungen berechtigt.

**Wochenschrift.** Unsere Ortsgruppe veranstaltete am 11. August im hiesigen Gefellenhaus einen wohlgeleiteten Familienabend. Recht zahlreich waren die Mitglieder und erwachsenen Angehörigen der Einladungs gefolgt. Der Vorsitzende, Kollege Röttger,

begrüßte die Erschienenen und hob hervor, daß diese Zusammenkunft mit Frauen und Kindern die erste seit sechs Jahren sei. Daß ein Bedürfnis vorliege, zeige der gute Besuch, obgleich sonstige Veranstaltungen manche Mitglieder von der Teilnahme abhielten. Es sei unbedingt notwendig, daß des öfteren die Frauen zu den gewerkschaftlichen Geschehnissen herangezogen würden. Dadurch würde das Verständnis für die Gewerkschaftsarbeit gefördert.

Sodann erteilte er dem Kollegen Einig (Stadbed) das Wort zu der Festansprache. Dieser verstand es, in kurzen markanten Zügen den Anwesenden ein Bild von der großen Bedeutung der gewerkschaftlichen Obliegenheiten zu zeichnen. Besonders richtete er an die Frauen die eindringliche Mahnung, den Verband in seiner dornenvollen Pionierarbeit wirksam zu unterstützen. An Hand vor praktischen Beispielen konnte er die erfolgreiche Arbeit der Organisation darlegen. Auch für die Zukunftsarbeit sei der Erfolg sicher, wenn die Frauen sich tatkräftig an die Seite des Mannes in seiner gewerkschaftlichen Betätigung stellten. Hierzu gab er Winke und praktische Anregungen. Mit einem Hoch auf den christlichen Bauarbeiterverband, in das die Versammelten begeistert einstimmten, schloß Kollege Einig seine eindrucksvollen Ausführungen.

Hierauf kam der echte Frohsinn auf seine Kosten. Gediegene Konzertstücke und lustige Tanzweisen, umrahmt von humoristischen Vorträgen, trugen dazu bei, daß in kurzer Zeit eine gehobene Stimmung sich breit machte. Schließlich brachte eine schön zusammengestellte Verlosung mancherlei Ueberraschungen.

So verlief auch dieser Familienabend, an dessen Gelingen die Kollegen Faust, Speith, Schrimpf und Födel hervorragenden Anteil hatten, in der schönsten Weise. Möge er für unseren christlichen Bauarbeiterverband reichliche Früchte tragen!

**Ortsgruppe Ratingen.** Durch die erfreulicherweise wieder auslebende Bautätigkeit innerhalb unseres altherwürdigen Städtchens war es auch uns wieder möglich, für unseren Verband zu werben und somit unsere Ortsgruppe weiter auszubauen. Die Entwicklung der Ortsgruppe in diesem Jahre ist als eine gute zu bezeichnen. Neu aufgenommen wurden 30 Kollegen, so daß wieder ein Mitgliederstand von 40 zu verzeichnen ist.

Um auch die Frauen nebst weiteren Angehörigen der Kollegenschaft für unseren Verband zu interessieren, veranstaltete die Ortsgruppe am Samstag, dem 24. Juli, im Lokal Wenders einen Familienabend, verbunden mit der Ehrung des Kollegen Moritz Schiebener für seine 25jährige Verbandszugehörigkeit. Erfreulicherweise war eine große Anzahl der Kollegen mit ihren Familien der Einladung zu dieser Veranstaltung gefolgt.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Koll. Müller, nahm Koll. Theisen-Düffeldorf das Wort zu einer kurzen Ansprache und zur Ehrung des Jubilars. Koll. Theisen dankte zunächst den Kollegen für die Veranstaltung dieses Familienabends und erklärte, daß es auch der Arbeiterchaft zu gönnen sei, ein frohes Fest im Kreise ihrer Lieben zu feiern. In kurzen Zügen gab er dann einen Ueberblick über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und besonders unseres Verbandes. Er gedachte besonders der alten Kollegen, welche in den neunziger Jahren mit großem Opfermut unseren Verband gründeten und ihm seine heutige Geltung verschafften. Zu diesen Kollegen gehöre auch der Koll. Schiebener, welcher heute auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken könne. Koll. Theisen dankte dem Jubilar ganz besonders für die Treue, die er dem Verband die langen Jahre hindurch gehalten hat, und überreichte ihm als Anerkennung für seine 25jährige Mitgliedschaft die silberne Jubiläumsnadel. Er schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die jugendlichen Kollegen, getreu in den Fußtapfen der alten Kollegen zu wandeln und das Werk, welches unsere Väter gründeten, zur Vollendung zu führen. An die Frauen richtete er die Bitte, auch in Zukunft treu ihren Männern und dem Verband zur Seite zu stehen, denn nur durch Gemeinschaftsgeist und gemeinsames Streben sei das Ziel des Verbandes zu erreichen: nämlich die Gleichberechtigung der Arbeiterchaft in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Von den Kollegen wurden dem Jubilar zwei Kerbstiesel mit dem Wunsch geschenkt, daß es ihm noch recht lange Jahre vergönnt sei, nach des Tages Lust und Mühe in diesen Sesseln mit seinem Mütterlein Ruhestunden zu verbringen.

Musikalische und humoristische Vorträge hielten dann noch einige Stunden die Kollegen in froher Feststimmung zusammen. Johann Müller.

### Jugendbewegung

**Verwaltungsstelle Bonn.** Auch innerhalb der christlichen Bauarbeiterjugend der Verwaltungsstelle Bonn herrscht reges Leben. Das zeigte die am Sonntag, dem 7. August, in Bonn stattgefundene Verwaltungsstellen-Jugendkonferenz. Trotz der vielen anderen Abwechslungen, die der Rhein und seine Umgebung unserer Jugend, insbesondere am Sonntag, zu bieten vermag, hatten sich unsere jungen Freunde doch recht zahlreich zu diesem Treffen eingefunden.

Die Veranstaltung selbst nahm einen sehr schönen Verlauf. Zunächst wurde die neu erbaute, aber noch nicht ganz fertiggestellte Großmarkthalle der Stadt Bonn besichtigt. Hierbei hatte ein Architekt der Firma, welche die Betonarbeiten ausgeführt hatte, die Führung übernommen. Bei dieser Gelegenheit

konnten unsere jungen Freunde wieder einmal Leistungen, die Bauarbeiter, insbesondere im Beton-gewerbe, vollbracht haben, bewundern. Die Bonner Großmarkthalle ist eine der größten und modernsten Anlagen auf diesem Gebiete. Sie hat einen Flächeninhalt von etwa 4000 Quadratmetern und ist ganz unterkellert. Die Betonarbeiten kosteten allein 223 000 Mark. Für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Bonn, insbesondere aber auch ihrer ländlichen Umgebung, ist die Schaffung einer solchen Anlage von großer Wichtigkeit.

An diese Besichtigung schloß sich eine Versammlung an. In derselben sprach Kollege Leuninger über „Beruf, Berufsfreude und Berufsstolz.“ Insbesondere hob er hervor, daß wir als Bauarbeiter allen Grund hätten, berufsstolz zu sein. Wer schuf die größten und ältesten Kunstdenkmäler? Bauarbeiter! Und wer hat das Werk gebaut, das wir kurz vorher bewundert haben? Bauarbeiter sind es gewesen! Mit reichem Beifall wurde der Kollege Leuninger für seine Ausführungen belohnt.

In der nun folgenden ausgiebigen Diskussion, an der sich der größte Teil der Anwesenden beteiligte, wurde u. a. auch die Frage aufgeworfen, ob noch mehr derartige Veranstaltungen stattfinden würden. Diese Frage wurde nicht nur bejaht, sondern es wurde gefordert, daß noch öfter die jungen Kollegen zusammenkommen müßten, insbesondere seien Besichtigungen, wie die der Versammlung vorausgegangenen, angebracht und notwendig. Ein Auschuß, bestehend aus jungen Kollegen der verschiedenen Ortsgruppen, wurde gebildet, der die Vorbereitungen für die künftigen Zusammenkünfte treffen soll. Das nächste Treffen findet bereits am 18. September in einem im Tal gelegenen Gasthause in der Nähe von Sonnefeld statt. Vormittags wird eine Versammlung sein, an die sich eine Wanderung anschließen soll. Weiter ist später noch die Besichtigung der Bonner Universität vorgesehen. Zum Schluß richtete Kollege Hüttner herzliche, mit Beifall aufgenommene Worte an unsere jungen Freunde und forderte sie auf, jetzt schon recht kräftig mitzuarbeiten an den Vorbereitungen für die Sommer Zusammenkunft am 18. September.

Die ganze Versammlung verlief in einer angeregten und begeisterten Stimmung. Daß der „Rheinische Sang“ bei dieser Gelegenheit auf seine Kosten kam, ist selbstverständlich.

### Sterbetafel

Am 15. Juli starb im Alter von 64 Jahren unser lieber Kollege, der Maurer **Andreas Stach**, nach einer Operation an Magenkrebs. Wir verlieren in ihm ein treues langjähriges Mitglied unserer Verwaltungsstelle, der er bald nach der Gründung am 14. April 1907 beigetreten war.  
Verwaltungsstelle **Heilsberg, Ostpr.**

Am 17. Juli starb unser treuer Kollege **Carl Otto Feldmann** aus Neuhoß-Dopperz im Alter von 40 Jahren an Lungenleiden.  
Verwaltungsstelle **Fulda.**

Am 25. Juli starb unser langjähriges und treues Mitglied, der Zimmerer **Ludwig Diehr**, infolge eines Unfalls.  
Verwaltungsstelle **Berlin.**

Am 1. August starb an den Folgen eines Magenleidens unser langjähriger und treuer Kollege, der Maurer **Friedrich Bender**, im Alter von 54 Jahren.  
Verwaltungsstelle **Contwig (Pfalz).**

Am 1. August starb unser Kollege, der Zimmermann **Georg Tremmel**, im Alter von 67 Jahren. Er war 16 Jahre lang ein treues Verbandsmitglied.  
Verwaltungsstelle **Augsburg.**

Am 5. August erlitt unser lieber Kollege **Engelbert Lauer** aus Neuhoß-Dopperz im Alter von 48 Jahren bei den Abbrucharbeiten auf Schacht Hedwigsburg bei Neuhoß durch Unfall den Tod. Lauer war ein treues Mitglied unseres Verbandes und ein eifriger Vertrauensmann des katholischen Arbeitervereins.  
Verwaltungsstelle **Fulda.**

Am 6. August starb plötzlich unser Kollege, der Maurer **Koloman Schmiehl**, im Alter von 47 Jahren.  
Verwaltungsstelle **Dortmund.**

Am 7. August starb unser Kollege und Kassierer der Ortsgruppe **Sarnsheim**, der Maurer **Jakob Kloos**, nach 1 1/2 jährigem Krankenlager an Magenleiden.  
Verwaltungsstelle **Singen.**

Im Alter von 25 Jahren starb unser Verbandsmitglied, der Bauhilfsarbeiter **Bruno Czerniejewski**, an Genickstarre.  
Verwaltungsstelle **Dortmund.**

Ehre ihrem Andenken!

### „Die Poliererschule“

Lehrbuch für Maurer, Zimmerer und Betonarbeiter, leicht verständlich, ist infolge großer Neuaufgabe auf 3,- M. herabgesetzt. — Polierkurse vierwöchentlich, finden im Januar und Februar statt. Zu beziehen von **Fermann Hohmann, Eppendorf, Post Bohum-Weltmar.**